

## Amt der Tiroler Landesregierung

Präs.Abt. II - 60/233

An das

Bundesministerium für Familie, Jugend und Konsumentenschutz

Himmelpfortgasse 9

1015 Wien

A-6010 Innsbruck, am 9. September 1985

Tel.: 052 22/28701, Durchwahl Klappe 152

Sachbearbeiter: Dr. Brandmayr

Bitte in der Antwort die Geschäftszahl dieses Schreibens anführen.

; 50

Dutom: 18.829.

Dr Miller

Betreff: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 geändert wird; Stellungnahme

Zu Zahl GZ. 23 0102/2-II/3/85 vom 4. Juli 1985

Gegen den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 geändert wird, werden keine Einwendungen erhoben.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden unter einem dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet.

Für die Landesregierung:

Dr. Gstrein

Landesamtsdirektor

## Abschriftlich

An alle Ämter der Landesregierungen gesondert an die Verbindungsstelle der Bundesländer beim Amt der Niederösterr. Landesregierung, Wien an das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst, Wien an das Präsidium des Nationalrates, Wien, 25 Ausfertigungen an alle National- und Bundesräte in Tirol

zur gefl. Kenntnisnahme.

Für die Landesregierung:

Dr. G s t r e i n

Landesamtsdirektor

F. a.R. a.A.: